



Sprachregelung zur weiteren Zusammenarbeit mit Russland und Belarus in Bildung, Forschung und Wissenschaft

17.03.2022

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat für die eingeleitete Wende der Kooperationspolitik mit Russland und Belarus eine Task Force eingerichtet, die die große Vielfalt der Kooperationsformen, die auf sehr unterschiedlichen Rechtsgrundlagen beruhen, kategorisiert. Jede einzelne Maßnahme wird in den zuständigen Referaten zunächst überprüft und bewertet. Ergänzend dazu hat BMBF eine Task Force eingerichtet, um die Unterstützung von Geflüchteten aus der Ukraine bestmöglich zu organisieren und mit Partnern abzustimmen. Die deutsche-ukrainische Forschungszusammenarbeit soll solidarisch und partnerschaftlich mit Entschlossenheit weitergeführt werden.

Nachfolgende Leitlinien und Ziele sollen eine Abwägung verschiedener Einzelfälle ermöglichen und als Bausteine für die Information der Presse und der Beantwortung externen Anfragen dienen. Die nachfolgende Sprachregelung ist im BMBF leitungsgebilligt und ressortabgestimmt.

Ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg gegen ein souveränes, demokratisches Land, welches Teil der europäischen Familie ist, ist ein Angriff auf uns alle. Darauf müssen wir entschieden reagieren. Den Ukrainerinnen und Ukrainern, denen durch die russische Invasion unermessliches Leid zugefügt wurde, gilt unsere uneingeschränkte Solidarität. Wir unterstützen alle Bemühungen, um den Krieg und die Gewalt zu beenden und die territoriale Integrität und die Souveränität der Ukraine wiederherzustellen.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat deshalb am 25.02.22 in Abstimmung mit Auswärtigem Amt und Bundeskanzleramt eine grundlegende Änderung seiner Kooperationspolitik mit Russland angekündigt. National und international verfolgen wir das Ziel, die russische Regierung soweit wie möglich zu isolieren. Alle laufenden und geplanten Maßnahmen des BMBF mit staatlichen Stellen in Russland werden eingefroren und/oder kritisch überprüft.

Zugleich werden wir weiterhin unsere Türen für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Russland offenhalten, die politisch bedroht sind. Den Menschen, die uns in langjähriger Arbeit verbunden sind, werden wir beistehen. Die Stärkung der Zivilgesellschaft ist in diesen Zeiten das Gebot der Stunde. Wir wollen den Dialog mit den zivilgesellschaftlichen Strukturen in Wissenschaft und Forschung in Russland soweit wie möglich fortsetzen.

Das BMBF orientiert sich an folgenden Leitlinien und Zielen, die auch für Belarus gelten:

- Wir stoppen unter Wahrung rechtlicher Rahmenbedingungen Forschungsprojekte und Programme mit staatlicher Beteiligung aus Russland und Belarus, ebenso Forschungsk Kooperationen, bei denen Technologie- und Knowhowtransfer stattfindet oder stattfinden könnte. Die deutschen Partner sind mit ihren Forschungsanteilen, die in Deutschland stattfinden und bei denen ein Technologie- und Knowhowtransfer ausgeschlossen ist, von dem Stopp der Förderung nicht betroffen.
- Wir gehen keine neuen Initiativen und Projekte mit russischen und belarussischen Regierungsvertretern oder staatlich geförderten Institutionen an.
- Staatliche russische und belarussische Institutionen erhalten von uns keinerlei personelle oder finanzielle Unterstützung. Das bedeutet auch, dass wir bis auf weiteres keine neuen Stipendien für deutsche Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Studierende, die an russischen und belarussischen Einrichtungen forschen und lehren wollen, vergeben werden.
- Wir setzen bilaterale Gesprächsformate, Veranstaltungen, Konferenzen, Sommerschulen mit staatlicher Beteiligung Russlands und Belarus aus.

SPRACHREGELUNG ZUR WEITEREN ZUSAMMENARBEIT MIT RUSSLAND UND BELARUS
IN BILDUNG, FORSCHUNG UND WISSENSCHAFT

- Wir haben die langjährige Berufsbildungskoope-
ration des BMBF mit Russland bereits gestoppt
und die Mobilitätsförderung nach Russland in der
beruflichen Bildung ausgesetzt.
- Wir setzen die „Deutsch-Russische Roadmap für
die Zusammenarbeit in Bildung, Wissenschaft,
Forschung und Innovation“ von 2018 als um-
fassendes Dach der bilateralen Zusammenarbeit
aus. Geplante Kooperationsworkshops haben wir
abgesagt, eine beabsichtigte Internetplattform geht
nicht an den Start.
- Wir haben die deutschen Hochschulen und For-
schungs- und Mittlerorganisationen gebeten,
Kooperationsvereinbarungen und die institu-
tionelle Zusammenarbeit mit russischen und
belarussischen Partnern im Rahmen der recht-
lichen Möglichkeiten auszusetzen. Die letzte
Entscheidung liegt aufgrund der Wissenschafts-
freiheit bei der Wissenschaft selbst.
- Wir möchten es russischen und belarussischen
Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und
Studierenden, die sich auf der Grundlage einer
Individualförderung in Deutschland aufhalten,
ermöglichen, in Deutschland zu bleiben. Wir be-
greifen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
und Studierende als Teil der Zivilgesellschaft.
- Wir setzen uns dafür ein, dass russische und belarussische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Studierende, die in Deutschland arbeiten, nicht diskriminiert, stigmatisiert und isoliert werden. Freiheit von Wissenschaft, Lehre und Forschung sind unverzichtbare Bestandteile von unabhängigen Demokratien. Wir stehen an der Seite jener, die für den Frieden und diese Werte eintreten.
- Den gefährdeten und verfolgten Wissenschaftle-
rinnen und Wissenschaftlern und Studierenden
in Russland und Belarus gilt unsere besondere
Aufmerksamkeit.
- Deutsche Studierende und Wissenschaftlerinnen
und Wissenschaftler, die sich noch in Russland und
Belarus aufhalten, sollen in Absprache mit ihren
entsendenden Organisationen und abhängig von der
aktuellen Lage selbst entscheiden können, wann sie
nach Deutschland zurückkehren.

Seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen kommt das BMBF weiterhin nach. Das gilt auch für die internationalen Großgeräte Facility for Antiproton and Ion Research (FAIR) und European X-Ray Free-Electron Laser Facility (European XFEL). Die weitere Umsetzung dieser Verträge werden wir angesichts der russischen Aggression mit unseren internationalen Partnern und unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen abstimmen.

Das BMBF strebt an, die weiteren Schritte in multi-
lateralen Projekten und Initiativen mit russischer
und belarussischer Beteiligung mit seinen europäi-
schen und internationalen Partnern abzustimmen.
Wo in multilateralen Formaten ein Ausschluss von
Russland nicht möglich (z. B. G20) oder nicht in
unserem Interesse ist (z. B. nukleare Sicherheit), sollte
Kooperation so niedrigschwellig wie möglich erfolgen
und dabei stets die Verurteilung des russischen und
belarussischen Verhaltens zum Ausdruck kommen.
Einzelne Schritte, insbesondere in multilateralen
Formaten, werden mit dem Auswärtigen Amt ab-
gestimmt.

Die Position der Europäischen Kommission ist dafür
eine wichtige Orientierung. Auch die Europäische
Kommission hat ihre Zusammenarbeit mit öffentlichen
russischen Stellen eingestellt. Es erfolgen keine Neube-
willigungen oder Vertragsabschlüsse mehr. Zahlungen
wurden eingestellt und laufende Maßnahmen stehen
auf dem Prüfstand.

Im Übrigen wird das BMBF im Rahmen des Möglichen
alles tun, um die Forschungszusammenarbeit mit der
Ukraine in vom BMBF geförderten Projekten weiter-
zuführen. Die im aktuellen Koalitionsvertrag formu-
lierten Vereinbarungen zur Ukraine gelten fort. Sie
untermauern den im Bereich der Wissenschaftskoope-
ration eingeschlagenen Weg hin zu einer starken
Partnerschaft beider Länder.



Lines to take in continued cooperation with Russia and Belarus in education, research and science

17.03.2022

The Federal Ministry of Education and Research (BMBF) has set up a task force to head the initiated change of policy in cooperation with Russia and Belarus. The task force categorizes the wide-ranging forms of cooperation governed by widely divergent legal bases. Each individual measure will first undergo review and evaluation in the responsible BMBF divisions. In addition, the BMBF has set up a task force to organize and coordinate with partners the best possible support for refugees from Ukraine. German-Ukrainian cooperation in research will be continued with great resolve in a spirit of solidarity and partnership.

The following guidelines and goals are meant to enable consideration of various individual cases and serve as input for information communicated to the press and to answer external enquiries. The following lines to take have been approved by the BMBF's Minister and State Secretaries and agreed across government departments.

A war of aggression against a sovereign, democratic country that is part of Europe violates international law and is an attack on all of us. We must respond to it with firm resolve. We declare our unreserved solidarity with the people of Ukraine who have suffered untold hardship in the wake of the Russian invasion. We support every effort to end the war and violence and to re-establish the territorial integrity and sovereignty of Ukraine.

The Federal Ministry of Education and Research (BMBF), in coordination with the Federal Foreign Office and the Federal Chancellery, therefore announced a sweeping change of policy in its cooperation with Russia on 25 February 2022. Our national and international efforts aim to isolate the Russian government to the greatest possible extent. All measures that are currently being implemented or have been planned by the BMBF in cooperation with government agencies in Russia will be frozen and/or subjected to critical review.

At the same time, we will keep our doors open to researchers from Russia who face political persecution. We will stand by the people with whom we have cooperated for many years. Strengthening civil society is now the order of the day. We want to continue the dialogue with civil society structures in academia and research in Russia to the extent possible.

The following guidelines and targets provide guidance for BMBF action and are also applicable for Belarus:

- In compliance with legal framework conditions, we will suspend research projects and programmes involving Russian and Belarusian government participation as well as research collaborations involving technology and know-how transfer or the possibility thereof. Research activities by German partners which are carried out in Germany and do not involve technology and know-how transfer are not affected by the halt on funding.
- We will not launch any new initiatives and projects together with Russian and Belarusian government representatives or government-funded institutions.
- Government institutions in Russia and Belarus will not receive support from us in terms of staff or funding. This means that we will not provide any new fellowships until further notice for Germans who wish to study, teach and do research at Russian and Belarusian institutions.
- We will suspend bilateral discussion formats, events, conferences and summer schools with Russian and Belarusian participation at government level.
- We have already suspended the BMBF's longstanding cooperation in vocational education and training (VET) with Russia as well as grants to enable VET mobility to Russia.

- We have suspended the 2018 German-Russian Roadmap of Collaboration in Education, Science, Research and Innovation as an overarching umbrella for bilateral cooperation. We have cancelled scheduled cooperation workshops; we will not launch an envisaged internet platform.
- We have asked the German universities, research institutions and intermediary organizations to suspend their cooperation agreements and institutional cooperation with Russian and Belarusian partners to the extent possible under applicable law. In accordance with the principle of freedom of science, it will be up to the scientific community to take final decisions.
- We want to enable Russian and Belarusian researchers and students who currently reside in Germany on the basis of individual funding to continue to stay. We perceive researchers and students as members of civil society.
- We are committed to ensuring that Russian and Belarusian researchers and students working in Germany are not discriminated, stigmatized and isolated. The freedom of science, teaching and research are integral elements of independent democracies. We side by those who stand up for peace and these values.
- We are paying special attention to researchers and students who are vulnerable and experiencing persecution in Russia and Belarus.
- German researchers and students who still reside in Russia and Belarus will be able to decide on their own – in consultation with their sending organizations and depending on the current situation – when they return to Germany.

The BMBF will continue to honour all its obligations under international law. This applies also to the large international research facilities Facility for Antiproton and Ion Research (FAIR) and European X-Ray Free-Electron Laser Facility (European XFEL). In view of Russia's aggression we will agree the further implementation of the FAIR and XFEL Conventions with our international partners and in consideration of the legal framework conditions.

The BMBF aims to agree the further steps in multi-lateral projects and initiatives involving Russian and Belarusian participation with its European and international partners. Where specific multilateral formats do not allow the exclusion of Russia (e. g. G20) or where exclusion is not in our interest (e. g. nuclear safety), cooperation should be implemented at the lowest possible level while expressing our condemnation of Russian and Belarusian action. Specific steps, in multi-lateral formats in particular, will be coordinated with the Federal Foreign Office.

The European Commission's position provides major orientation in this context. The European Commission has also suspended its cooperation with Russian government entities. No new grants will be awarded or contracts concluded. Disbursement of funds has been halted and ongoing measures are undergoing critical review.

The BMBF will do everything within its power to continue research cooperation with Ukraine in the context of BMBF-funded projects. The agreements with regard to Ukraine set out in the current coalition agreement remain valid. They corroborate the path taken to strengthen the partnership between both countries in the area of science cooperation.